

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/30365

"Gleichwertige Lebensverhältnisse absichern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/30365 vom 19.07.2023
2. Beschluss des Plenums 18/30396 vom 20.07.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 152 vom 20.07.2023



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Gleichwertige Lebensverhältnisse absichern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass im Einzelplan 10 des Bundeshaushalts für den Sonderrahmenplan „Förderung der ländlichen Entwicklung“ der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) für 2023 Mittel in Höhe von bis zu 160 Mio. Euro zur Verfügung stehen. Das sind 150 Mio. Euro mehr als 2018 und 10 Mio. Euro mehr als 2019. In den Jahren 2020 und 2021 standen jeweils 200 Mio. Euro zur Verfügung. Damit haben sich die GAK-Mittel innerhalb weniger Jahre nahezu verdoppelt, um aktuelle Herausforderungen für z. B. den wegen der Kalamitäten und der Anpassung an den Klimawandel erforderlichen Waldumbau oder den Insekenschutz auch über die GAK besser angehen zu können. Die Mittel dürfen nicht gekürzt werden.

Der Landtag begrüßt es ausdrücklich, dass die Bundesregierung sich klar zur Förderung des ländlichen Raums bekennt und umfangreiche Maßnahmen ergreift, um gleichwertige Lebensverhältnisse sicherzustellen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den ländlichen Raum als Lebens-, Arbeits-, Erholungs- und Naturräume abzusichern und weiterzuentwickeln. Die Handlungsempfehlungen aus der von der SPD-Fraktion in Auftrag gegebenen Studie „Global denken. Lokal handeln. Räumliche Gerechtigkeit und Klimaschutz zusammenführen“ von Prof. Dr. Manfred Miosga sind unverzüglich umzusetzen.

Begründung:

Ein zentrales Ziel der Landespolitik ist die Schaffung und Absicherung von gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Bayern. Die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe GAK ist ein zentrales Förderinstrument und dient dazu, dass ländliche Räume als Lebens-, Arbeits-, Erholungs- und Naturräume gesichert und weiterentwickelt werden. Im besonderen Fokus stehen erreichbare Grundversorgung, attraktive und lebendige Ortskerne, Behebung von Gebäudeleerständen sowie die Anpassung an den Klimawandel.

Zusätzliche Mittel werden durch den Sonderrahmenplan „Förderung der ländlichen Entwicklung“ bereitgestellt.

Beide Förderinstrumente sind für die Entwicklung des ländlichen Raums essenziell und müssen weiterhin auch auf Bundesebene finanziell abgesichert werden. Die Bundesregierung hat die GAK-Mittel in den letzten Jahren massiv aufgestockt, die Länder haben jedoch nicht sämtliche Mittel abgerufen. Im Bundeshaushalt 2023 sind 160 Mio. Euro vorgesehen. Für den Bundeshaushalt 2024 liegt bisher lediglich ein Entwurf vor. Die

Haushaltsberatungen des Bundestages sind abzuwarten. Das Förderniveau sollte gehalten werden.

Gleichzeitig ist die Staatsregierung aufgerufen, sich mehr für gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern einzusetzen. Die Handlungsempfehlungen aus der von der SPD-Fraktion in Auftrag gegebenen Studie „Global denken. Lokal handeln. Räumliche Gerechtigkeit und Klimaschutz zusammenführen“ von Prof. Dr. Manfred Miosga¹ sind unverzüglich umzusetzen.

¹ abrufbar unter <https://bayernspd-landtag.de/workspace/media/static/spd-raeumliche-gerechtigkeit-u-642d2f7715c52.pdf>



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild und Fraktion (SPD)**

Drs. 18/30365

Gleichwertige Lebensverhältnisse absichern

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Robert Riedl

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Klaus Adelt

Abg. Gisela Sengl

Abg. Andreas Winhart

Abg. Martin Schöffel

Abg. Christian Klingen

Staatsministerin Michaela Kaniber

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 37** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)

Nicht sparen und spalten! Ausbluten des ländlichen Raumes verhindern!

(Drs. 18/30347)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

Nicht poltern und schlechtreden! Glaubhafter Einsatz für starke ländliche Räume in Bayern! (Drs. 18/30364)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Horst Arnold u. a. und Fraktion (SPD)

Gleichwertige Lebensverhältnisse absichern (Drs. 18/30365)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Robert Riedl von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Robert Riedl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Besonders begrüßen möchte ich heute die Vertreterinnen und Vertreter des ALE Niederbayern. Für alle Großstädter: ALE heißt Amt für Ländliche Entwicklung. Gestern wurde ich von Herrn Vizepräsidenten Rinderspacher als Kämpfer für

meine Heimat Oberpfalz bezeichnet. Auch mein heutiger letzter Kampf in diesem Hohen Haus gilt dem ländlichen Raum.

Mehr Fortschritt wagen! Bund und Länder sind gleichermaßen in der Verantwortung für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen. Gezielt zu diesem Zweck werden wir die Mittel der GRW und GAK jährlich dynamisch erhöhen. Wir wollen die Möglichkeiten der Infrastrukturförderung flexibilisieren und die mehrjährige Übertragbarkeit der Mittel sicherstellen. Der Sonderrahmenplan "Förderung der ländlichen Entwicklung" wird aufgestockt und ausgebaut.

Dies, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist der Inhalt des Koalitionsvertrages 2021 der Berliner Ampel-Regierung. Die Realität vom 5. Juli ist jetzt der Entwurf des Bundeshaushaltes 2024, der durch das Bundeskabinett beschlossen wurde: ersatzlose Streichung der beiden Sonderrahmenpläne "Förderung der ländlichen Entwicklung" und "Förderung des Ökolandbaus und der biologischen Vielfalt" sowie Kürzungen im allgemeinen Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes", kurz GAK.

Dies, meine Damen und Herren, ist ein Tiefschlag für den ländlichen Raum in Deutschland und auch für unsere bayerischen Gemeinden und Kommunen! Man muss sich also nicht wundern, dass wir am letzten Plenartag noch einen Dringlichkeitsantrag einbringen, um diesen Wahnsinn und somit das Ausbluten der ländlichen Gemeinden und Städte zu verhindern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich danke ausdrücklich unserem Koalitionspartner für die volle Unterstützung.

Das Telefon in meinem Büro steht seit der Bekanntgabe nicht mehr still. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind entsetzt. Jeder Abgeordnete der Oberpfalz hat letzte Woche eine E-Mail des Amtes für Ländliche Entwicklung Oberpfalz erhalten. Eigentlich wollte ich zuerst nur den Brief vorlesen. In diesem steht alles drin, alle Probleme und

alle Auswirkungen. Dafür würde die Zeit nicht ausreichen, aber lassen Sie mich einige Auszüge vortragen: Die vorgesehenen Kürzungen würden eklatant gegen den Grundsatz der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse verstößen. Speziell die Kommunen in ohnehin strukturschwachen Teilläumen in der Oberpfalz sind in besonderem Maße auf die Unterstützung des ALE angewiesen. Die Kürzungen hätten für die Kernaufgaben Dorferneuerung, also für die Innenentwicklung zur Vermeidung des Flächenverbrauchs, für die Grundversorgung, die Mobilität, den Kernwegenetzbau, den Landschaftswasserhaushalt, die Biodiversität und den Erosionsschutz dramatische Auswirkungen. Sie würden für unser Haus einen Rückgang der Förderungen um ein Drittel bedeuten. Maßnahmen müssten über einen längeren Zeitraum abfinanziert werden, neue Förderzusagen könnten nicht mehr ausgesprochen werden. Es träfe aber auch private Bauherren und Kleinstunternehmer, da diese die Aufwertung der Dörfer nur in Angriff nahmen, weil sie bisher finanziell unterstützt wurden, und, und, und.

Ein zusätzlicher Hohn ist die geplante Sommerreise des Bundeswirtschaftsministers Cem Özdemir in ländliche Regionen, um seine Wertschätzung zu zeigen.

(Florian von Brunn (SPD): Der ist aber doch der Landwirtschaftsminister!)

Nun zu den Nachziehern. Es ist schon bezeichnend, dass die bayerischen Ampel-Parteien nicht einmal einen gemeinsamen Antrag formulieren können. Zusammenhalt sieht für mich anders aus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Grund ist aber leicht zu durchschauen.

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Ihr wollt einer Zustimmung zu unserem Antrag entkommen. Mir kann das aber nur recht sein; denn dann kann ich eure ablehnende Haltung raustragen in den ländlichen Raum. Glaubt's mir, die Bürgerinnen und Bürger werden das nicht vergessen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Der FDP-Antrag ist ein reines Ablenkungsmanöver vom Versagen der Bundes-Ampel. Die SPD hat unseren Antrag wahrscheinlich überhaupt nicht gelesen. Sie reden vom Haushalt 2023. Das interessiert aber keinen Menschen. Es geht um den Haushalt 2024. In eurer Begründung schreibt ihr, ich formuliere das jetzt einmal auf Bairisch: Ja habt's euch ned a so, was wollt's denn überhaupt's? Es ist doch nur a Entwurf. – Nein, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Er wurde vom Bundeskabinett beschlossen und soll genau so im September beschlossen werden.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Hört, hört!)

Deshalb läuten nicht nur bei uns die Alarmglocken, und das nicht zum ersten Mal, nach all dem, was wir in den letzten Wochen mitgemacht haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ihre Scheinanträge werden wir selbstverständlich ablehnen. Ich bitte das gesamte Haus, unserem Antrag zuzustimmen zur Unterstützung des ländlichen Raums in Bayern. Das hat der nämlich verdient.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Jawohl! – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Bravo!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Herr Kollege Alexander Muthmann von der FDP-Fraktion.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Robert, es gibt hier keine Ampelkoalition. Wir beantragen und stimmen eigenständig ab.

(Andreas Winhart (AfD): Das glaubt ihr wohl!)

Natürlich können die ländlichen Räume die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe und die Mittel aus den Sonderrahmenplänen "Förderung der ländlichen Entwicklung" und "Förderung des Ökolandbaus und der biologischen Vielfalt" gut gebrauchen. Deswegen auch unser Antrag, der nochmals auf den Koalitionsvertrag und auf die schon zitierten Stärkungs- und Priorisierungsmaßnahmen für strukturschwache Regionen hinweist, verbunden mit der Forderung, diese Zielsetzungen des Koalitionsvertrages bei den derzeitigen und noch laufenden Haushaltsverhandlungen heranzuziehen. Da muss, da soll, da darf das letzte Wort noch nicht gesprochen sein. Ich bitte deshalb auch um Unterstützung für unseren Antrag.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt zu Ihrem Antrag: Ich habe mich gefragt, ob eigentlich alle diesen Antrag überhaupt gelesen haben. Schon in der Überschrift: "Nicht sparen", und dann heißt es im dritten Satz: "Einsparungen sind [...] wichtig". Also, was jetzt? – Das kennen wir aber schon: Sparen ist wichtig, aber nicht bei mir, nicht bei uns und nicht so. – So billig, so durchschaubar, unseriös!

(Beifall bei der FDP – Tobias Reiß (CSU): Bayern beherrscht beides! Wir haben einen ausgeglichenen Haushalt!)

Und dann: "Ausbluten des ländlichen Raums verhindern!" im Sinne von Sterben.

(Thomas Kreuzer (CSU): Jawohl!)

In der Begründung ist zu lesen: "In der Folge verliert der ländliche Raum weiter" – weiter! – "an Attraktivität". Dieses Schlechtreden des ländlichen Raums für vermeintlich kurzfristige politische Erfolge ist erbärmlich.

(Beifall bei der FDP – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wer kürzt die Mittel? – Tobias Reiß (CSU): Wir steuern dagegen!)

Das ist erbärmlich. Es schadet dem ländlichen Raum

(Tobias Reiß (CSU): Eure Politik schadet!)

– jetzt höre mir zu! – und widerspricht den eigenen Jubelarien, wenn die Staatsregierung ihre Heimatberichte vorstellt.

(Tobias Reiß (CSU): Die macht ja auch ihre Hausaufgaben!)

Die Bayerische Staatsregierung hat ihre Förderungen zugunsten strukturschwacher Gebiete in den letzten Jahren durch die völlig konturlose Ausweitung der Gebiete mit besonderem Handlungsbedarf erheblich verwässert, aber das wird geflissentlich verschwiegen.

(Beifall bei der FDP – Widerspruch bei der CSU)

Lieber Robert, macht die ländlichen Räume nicht schlecht! Das verdienen sie nicht. Unser Ziel muss sein,

(Unruhe bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

weiterhin für gleichwertige Lebensbedingungen zu sorgen und nicht so zu tun, als würden die ländlichen Räume laufend an Attraktivität verlieren. Das kommt doch bei euch zum Ausdruck.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Länderfinanzausgleich!)

– Ich komme gleich dazu. – Das wird im Übrigen auch der Arbeit der Bayerischen Staatsregierung kein gutes Zeugnis ausstellen. Aber das ist eure Diktion, nicht die meine.

(Beifall bei der FDP – Tobias Reiß (CSU): Ihr seid die Vampire, nicht wir!)

Der eigentliche Skandal dieses Antrags liegt aber in der haushaltspolitischen Komponente,

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

in dieser Scheinheiligkeit und dem billigen Populismus, die darin zum Ausdruck kommen. Sie rechnen in Ihrem Antrag vor, dass bei den derzeit bekannten Haushaltssätzen im Bundeshaushalt Bayern Bundesmittel in Höhe von 70 Millionen Euro fehlen. Ja, das ist viel Geld, das die ländlichen Räume gut gebrauchen können. Gleichzeitig läuft aber der Vorsitzende der FREIEN WÄHLER Hubert Aiwanger draußen herum und fordert vor allem 2.000 Euro steuerfrei pro Monat für alle. Das kostet – und das wissen Sie auch – die Kommunen 3 Milliarden Euro, das Land Bayern 9 Milliarden Euro und den Bund insgesamt 100 Milliarden Euro. Nehmen wir nur die Daten für das Land Bayern: 9 Milliarden Euro. Sie wollen mit diesem Vorschlag dem bayerischen Haushalt 9 Milliarden Euro nehmen

(Tobias Reiß (CSU): Wer ist "Sie"?)

und jammern rum und prognostizieren das Ausbluten des ländlichen Raums bei fehlenden 70 Millionen Euro.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ihr habt gekürzt!)

70 Millionen Euro, das sind 0,8 % der 9 Milliarden Euro, die Sie dem Freistaat künftig vorenthalten wollen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP – Martin Hagen (FDP): So eine Heuchelei! – Tobias Reiß (CSU): Eine Scheinargumentation!)

Ihre derzeitigen Forderungen sind es, die im Kern die Axt an die Leistungsfähigkeit des Staatsgefüges insgesamt, im Bund, aber auch im Land anlegen wollen. Wenn der Freistaat mit 9 Milliarden Euro weniger auskommen müsste, dann gäbe es keine Investitionen mehr, nicht im ländlichen Raum und auch sonst nirgends.

(Tobias Reiß (CSU): Ablenkungsmanöver!)

Reden Sie von den FREIEN WÄHLERN angesichts dieser Gesamtlage bitte nicht mehr von solider Finanzpolitik. Dass die CSU vor diesem Hintergrund diesen Dringlichkeitsantrag mitgemacht hat, versteh ich sowieso nicht.

(Beifall bei der FDP)

Das ist verantwortungsloser Populismus, vor dem Sie, vor allem in Wahlzeiten, nicht zurückschrecken.

(Tobias Reiß (CSU): Erwischt haben wir euch!)

Kehren Sie zurück zu unserem Vorschlag, in Berlin das Thema weiter zu platzieren und Korrekturen zu versuchen, ohne Panikmache, ohne rigorosen Populismus, auch wenn es schwerfällt.

(Beifall bei der FDP – Tobias Reiß (CSU): Eure Versuche scheinen ja zu scheitern!)

Nun noch kurz zum SPD-Antrag. Wenn wir uneingeschränkt fordern sollen, dem Miosga-Papier zu folgen und das umzusetzen, darf ich darauf hinweisen, dass das noch nicht einmal im Netz aufzufinden war, sondern nur eine Zusammenfassung ist,

(Florian von Brunn (SPD): Ein einfacher Anruf bei uns hätte genügt!)

die im Wesentlichen aus Allgemeinplätzen besteht. Da können wir natürlich auch nicht zustimmen. An dieser Stelle werden wir uns enthalten.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Muthmann, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Der Kollege Dr. Fabian Mehring von den FREIEN WÄHLERN hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Lieber Alex, die FDP in Bayern hat jetzt in Relation zur FDP in Berlin zwischenzeitlich einen solchen Grad der Doppelzüngigkeit

erreicht, dass ich nicht umhinkomme, noch einmal in Diensten der Wahrheit und Klarheit nachzufragen. Mich irritiert, dass man als Bayern-FDP immer dann Teil der Ampel sein möchte, wenn – was selten genug ist – man den Eindruck hat, dieser Ampel sei etwas gelungen. Wenn die Ampel – wie eher üblich – Chaos stiftet, dann distanziert man sich.

Ich habe gestern wahrgenommen, dass ihr Wahlkampfaufklang in München gemacht habt. Da hat Christian Lindner gesprochen; es war also genau dieser Bundesfinanzminister gestern in München, der jetzt die Axt an den ländlichen Raum anlegt und genau den Sachverhalt so vorschlägt und verursacht, wie wir ihn heute diskutieren. Deshalb ist meine Bitte, schon einmal öffentlich klarzustellen, in welchem Team ihr spielt: Seid ihr Team "Axt am ländlichen Raum" mit Lindner, der gestern euren Wahlkampf eröffnet hat, oder seid ihr Team "Bayern-FDP", die in München im Parlament das Gegenteil dessen erzählt, was sie gestern am Stachus erzählt hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Martin Hagen (FDP): Ihr wollt den Kommunen drei Milliarden Euro nehmen! Ihr Pharisäer! – Tobias Reiß (CSU): Das ist unseriös!)

Alexander Muthmann (FDP): Jetzt an dieser Stelle mit Doppelzüngigkeit – –

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Macht mal Politik für Bayern! – Zurufe der Abgeordneten Alexander König (CSU) und Martin Hagen (FDP))

Ich will es noch einmal ganz kurz versuchen:

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir sehen auch, dass die jetzt im Bundeshaushalt vorgesehenen Entwürfe in Bezug auf diese Pläne zu einer Mittelreduzierung führen können, die natürlich auch zu Problemen bei der Ausgestaltung und der Realisierung der Planungen der nächsten – –

(Tobias Reiß (CSU): Können oder werden?)

– Ja, das hat der Robert auch vorgetragen und zitiert; die Schreiben kennen wir auch. Wir sind auch im Gespräch mit den Kollegen, um Korrekturen zu erreichen.

(Tobias Reiß (CSU): Da hilft kein Blabla!)

Das ist unsere Art, jetzt damit umzugehen und darauf hinzuweisen.

(Tobias Reiß (CSU): Ihr habt keinen Einfluss! – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Euch ist auch peinlich, was die da in Berlin machen!)

Aber – –

(Tobias Reiß (CSU): Euch fehlt das Bayern-Gen! – Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Kollege Muthmann hat das Wort.

Alexander Muthmann (FDP): Die Fraktion, deren Parteivorsitzender Steuervorschläge macht, die schlechterdings unfinanzierbar sind und nicht nur an dieser Stelle,

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Anti-Bayern-Politik!)

sondern auch sonst die Leistungsfähigkeit staatlicher Leistungen völlig infrage stellt, sollte sich diese Frage sparen.

(Beifall bei der FDP – Tobias Reiß (CSU): Deshalb am besten CSU wählen! – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Anti-Bayern!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Muthmann, Ihre Redezeit geht zu Ende. Danke schön. – Das Wort hat nun der Kollege Klaus Adelt von der SPD-Fraktion.

Klaus Adelt (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben einen Nachzieher zu dem Antrag der FREIEN WÄHLER und der CSU, vor dringlich der FREIEN WÄHLER, eingebracht. Aber ich stelle von vornherein fest: Ich

bin Sprecher des ländlichen Raums und nicht nur für die Oberpfalz und für Oberfranken.

(Tobias Reiß (CSU): Deshalb sprichst du so leise!)

– Herr Reiß, verstehst du mich nicht?

(Tobias Reiß (CSU): Wenn der Sprecher des ländlichen Raums so leise spricht, dann kann das wohl kein wichtiges Thema sein!)

– Das ist ein sehr wichtiges Thema. Ich kämpfe für den ländlichen Raum, seit ich in der Kommunalpolitik bin – das sind jetzt fast 40 Jahre –, und ich werde es auch weiterhin tun. Aber zurück zur Sache.

(Unruhe)

Jetzt red i, wie es auf Oberbairisch heißt:

(Beifall bei der SPD)

Der Antrag der FREIEN WÄHLER und der CSU trifft geradezu vor Bayernideologie, vor Ampel-Bashing und Sonstigem, wenngleich der Grundgedanke – –

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Bayernideologie ist doch etwas Gutes!)

– Mit Leuten aus der Metropolregion Augsburg rede ich erst einmal gar nicht; die haben vom ländlichen Raum keine Ahnung, und davon jede Menge.

(Heiterkeit bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU und der GRÜNEN)

Aber zurück zur Sache. Wir fordern ebenso, dass die im Haushalt vorgesehenen Kürzungen zurückgenommen werden und die Mittel in der bisherigen Form wieder ausgereicht werden. Man darf aber nicht vergessen, dass die Mittel in den letzten Jahren erheblich verstärkt, ja verdoppelt worden sind. Wenn der Finanzminister sparen muss, dann muss er halt nach Möglichkeiten suchen. Das sollte er aber nicht hier tun; denn

gerade in Bayern brauchen wir die Mittel, um gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Bereichen zu sichern.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben weitergedacht und von dem Miosga-Gutachten, das Alexander Muthmann noch nicht gefunden hat, bewusst die Kurzfassung eingestellt, weil die Langfassung für manche offensichtlich nicht verständlich ist. Wir hatten das ja gestern Abend, deshalb die Kurzfassung. Aber zurück zur Sache. Wir fordern nach wie vor, dass die Mittel erhalten bleiben, denn sie sind sehr sinnvoll, dass aber gleichzeitig die Mittel in Bayern weiterhin von Geldern der Staatsregierung flankiert werden. Das ist auch klipp und klar.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das tun wir ja!)

Wir wollen die Mittel erhalten, damit die gleichwertigen Lebensverhältnisse hergestellt werden können und die Maßnahmen, die übrigens für die ganze Bundesrepublik gelten, auch weiterhin fortgesetzt werden; das muss man ganz deutlich sagen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Weiß das die Bundes-SPD?)

– Ruhe jetzt! – Da brauchen wir keine Aufforderung durch die Ämter für Ländliche Entwicklung; denn wir stehen eh immer mit ihnen in Kontakt und befürchten das genauso.

(Tobias Reiß (CSU): Habt ihr wohl kein Zutrauen in euch selbst?)

Aber ich betone klipp und klar: Es handelt sich um einen Entwurf. Auf diesen Entwurf können die CSUler im Bundestag und auch alle anderen einwirken; die FREIEN WÄHLER nicht, weil sie nicht im Bundestag sind. Deswegen müsst ihr jetzt einen Hilferuf senden. Ich bin mir sicher, dass das Anliegen mit allem Drum und Dran aufgenommen werden wird.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Ach so!)

Was herauskommt, weiß man noch nicht. Das sind Beratungen. Ich sage euch nur eines: Wartet einmal ab, bis der Finanzminister den nächsten Haushalt vorlegt. Da kommt ihr in Erklärungsnotstand: keine Steuereinnahmen und Ausgaben, Ausgaben, Ausgaben.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Weil wir Berlin kompensieren!)

Aber das ist dann nicht mehr mein Problem.

(Tobias Reiß (CSU): Aber das Problem der Bundesregierung!)

Zum FDP-Antrag kann ich nur sagen: Der Finanzminister kommt ja noch achtmal nach Bayern. Redet einmal mit ihm!

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Um Gottes willen!)

– Sag mal, kannst du nicht die Klappe halten?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten des CSU, der GRÜNEN und der FDP)

Aus diesen Gründen werden wir dem FDP-Antrag nicht zustimmen. – Der Grundgedanke eures Antrags ist gut, aber er trifft vor Bayernideologie.

(Thomas Huber (CSU): Also stimmt ihr zu?)

– Da werden wir uns enthalten. Mehr sage ich nicht, sondern ich sage jetzt: Macht es gut, aber macht es! Euer Klaus.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der CSU, der FREIEN WÄHLER und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun die Kollegin Gisela Sengl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kürzungen im Bundeshaushalt durch Bundesfinanzminister Lindner orientieren sich daran, kommende Generationen weniger zu belasten; das ist ganz richtig. Wie schaffen wir das? – Wir GRÜNE hätten natürlich ganz andere Ideen: Kerosin besteuern und Dienstwagenprivileg abschaffen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Steuern erhöhen!)

Das würde uns viele Milliarden in den Haushalt hineinspülen; denn wir GRÜNE sind überzeugt: Man darf nicht an der falschen Stelle sparen.

(Thomas Huber (CSU): Macht ihr aber!)

Die ländlichen Räume sind entscheidend für unsere Zukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tobias Reiß (CSU): Wer stellt den Bundeslandwirtschaftsminister?)

Dort brauchen wir Ideen, Veränderungen und Innovationen, die den kommenden Generationen den Schutz unserer Lebensgrundlagen erleichtern. Wir GRÜNE stehen deshalb für eine zukunftsweise Landwirtschaft. Wir stehen zu starken ländlichen Räumen und zur regionalen Wertschöpfung. Wir setzen uns mit aller Kraft für die ländlichen Räume in Bayern ein. Es ist doch so: Ihr redet nur über Berlin und werdet mit dem Schimpfen gar nicht mehr fertig; wir reden über Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tobias Reiß (CSU): Ursache und Wirkung!)

In der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" ist es jetzt gelungen, die Sonderprogramme in Rahmenprogramme zu überführen, und zwar in die Sonderrahmenpläne "Maßnahmen des Ökolandbaus und der biologischen Vielfalt" sowie "Förderung der ländlichen Entwicklung". Ein Rahmenprogramm ist sehr viel besser als ganz viele verschiedene Sonderprogramme.

Das haben die Länder schon sehr lange gefordert, und das hilft vor allem dem Bürokratieabbau.

Aber die Schwerpunkte muss man trotzdem in Bayern richtig setzen. Das ist unser Vorwurf an das Landwirtschaftsministerium. Wir wissen schon seit Langem, dass auch Bayern nicht von der Klimakrise und dem Wassermangel verschont werden wird.

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Aber ihr kürzt die Hälfte!)

Den Ämtern für Ländliche Entwicklung zufolge liegt es vor allem am fehlenden Personal, dass Projekte nicht umgesetzt werden können. Dass unser Berichtsantrag zur Initiative "boden:ständig" im Agrarausschuss abgelehnt wird, lässt doch nur einen Schluss zu: Man will einfach nicht, dass das Versagen des Landwirtschaftsministeriums öffentlich wird.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ihr wollt nicht nachschauen! Ihr seid bequem! Das steht alles im Internet!)

Ein großes Versagen ist also bei dieser Initiative "boden:ständig" festzustellen, wo seit Jahren Geld und Personal fehlen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Auch das Argument, nur weil jetzt Gelder aus Berlin fehlen, kann man nichts für die biologische Vielfalt tun, läuft komplett ins Leere. Sind wir nicht seit 2019 durch unsere eigenen Veränderungen des Naturschutzgesetzes verpflichtet, uns um die biologische Vielfalt zu kümmern? Was passiert denn da eigentlich? Ist es wirklich euer Ernst, dass ihr für die Umsetzung eines bayerischen Gesetzes Berlin braucht? Das ist ein Armutszeugnis.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

In eurem Antrag steht auch ganz klar, dass auch ihr, CSU und FREIE WÄHLER sogar gemeinsam, für eine zukunftsorientierte Haushaltspolitik steht. Das gilt aber scheinbar

nur, wenn es um Bundesmittel geht; denn gleichzeitig plant ihr Steuersenkungen noch und nöcher. Wenn das Wirklichkeit wird, bleibt für den ländlichen Raum kein einziger Cent mehr übrig.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das Motto muss doch sein: Weniger auf Berlin schimpfen, mehr in Bayern umsetzen! Das gilt auch für die ökologische Landwirtschaft. Ihr behauptet, die Kürzungen würden in Bayern die Ausbauziele gefährden. Dabei bremst ihr doch selber ununterbrochen und bleibt unverbindlich, wo immer es geht. Wir brauchen in der Gemeinschaftsverpflegung endlich eine feste Bioquote. Es gilt, einfach zu machen und verbindlich zu den selbstgesetzten Zielen zu stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Tobias Reiß (CSU): Einfach mehr vor-schreiben!)

Ihr redet vom Ausbluten, habt aber in den eigenen Reihen selbst viel Geld zum Fenster hinausgeworfen. Man könnte auch noch eine ganz andere Rechnung aufmachen:

(Tobias Reiß (CSU): Blablabla!)

Allein das CSU-Maut-Desaster von Dobrindt und Scheuer – ich glaube, die waren bei der CSU – hat den deutschen Staat 243 Millionen Euro gekostet. Da sind alle Rechts- und Personalkosten für die jahrelange Bearbeitung noch gar nicht dabei. Das muss jetzt das Landwirtschaftsministerium einsparen. Scheuer und Dobrindt sind schuld, dass die ländlichen Räume kein Geld mehr haben.

(Unruhe – Beifall bei den GRÜNEN – Tobias Reiß (CSU): Dafür ist der Deindustri-alisierungsminister Habeck zuständig!)

– Wir sind jetzt bei den ländlichen Räumen. Deshalb – Überraschung! – stimmen wir dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER und der CSU zu. Bei dem FDP-Dring-

lichkeitsantrag enthalten wir uns. Dem Antrag der SPD stimmen wir natürlich auch zu.
– Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat der Abgeordnete Andreas Winhart von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ja, dass Bayern für ganz Deutschland zahlt, haben wir letzte Woche beim Länderfinanzausgleich wieder festgestellt. Aber dass Bayern weniger Geld aus Berlin bekommt, ist auch nichts Neues. Hier haben sich in letzter Zeit – außer der AfD-Fraktion – alle Fraktionen nicht mit Ruhm bekleckert. Man muss ganz klar fragen: Wie gut können Bayerns Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum noch wohnen?

(Tobias Reiß (CSU): Besser als überall sonst!)

Wer nach fünf Jahren Bayernkoalition die Bilanz zieht, muss ganz klar sagen: Mit der AfD wäre Bayern besser gefahren. Die CSU hat sich ganz klar zur Großstadtpartei entwickelt. Über die FREIEN WÄHLER brauchen wir gar nicht zu reden. Ihr seid der Steigbügelhalter oder Mehrheitsbeschaffer.

Man muss aber auch feststellen: Auch hier im Landtag macht die Ampelkoalition nichts für Bayern. Die Bilanz für Bayerns Bürger ist relativ mau. Nehmen wir zum Beispiel das 49-Euro-Ticket; denn das ist bei Ihnen im Moment das große Prestigeprojekt. Davon profitiert der Bayer im ländlichen Raum nicht. Das 49-Euro-Ticket ist mit Steuergeldern teuer subventioniert, und zwar für die Großstädter, wo der ÖPNV gut ausgebaut ist. Aber auf dem Land gibt es keine einzige Busverbindung mehr.

Ihre Eigenheimfeindlichkeit zeigt sich zum Beispiel daran, dass KfW-Kredite plötzlich weg waren. Draußen auf dem Land haben viele Leute noch Platz für ein Eigenheim.

Viele Leute würden sich dort gerne ein Eigenheim verwirklichen, logischerweise weniger in den Städten, in denen eher der Wohnungsbau vorherrscht. Aber die Einsparungen in Bezug auf die Eigenheime, die Sie so bekämpfen und die zum Teil verschwinden sollen, wenn es nach den GRÜNEN geht, treffen den ländlichen Raum. Da sieht man an allen Ecken und Enden im ländlichen Raum – das ist völlig unabhängig vom vorher diskutierten Budget –, dass den dort wohnenden Bürgerinnen und Bürgern der Garaus gemacht wird.

Mittlerweile haben wir aber auch in der Infrastruktur große Defizite, etwa in Bezug auf die Landkrankenhäuser. Herr Lauterbach legt gerade wieder die Axt an. Aber auch – das muss man ganz klar sagen – CSU und FREIE WÄHLER haben sich hier in den letzten Jahren, vor allem wenn es in Bayern um die Geburtshilfestationen geht, nicht mit Ruhm bekleckert. Die ärztliche Versorgung ist immer noch nicht gut; da schaut es ganz mau aus. Auf dem Land haben wir bei der Pflege der Generation, die dieses Land gestaltet und aufgebaut hat, ebenfalls große Defizite. Das liegt daran, dass in der Pflege zu wenige Menschen arbeiten wollen, aber auch daran, dass beispielsweise mobile Pflegedienste, die draußen auf dem Land massiv gebraucht werden, vor allem unter den hohen Spritpreisen und der Energiewende leiden müssen.

Über einen weiteren Punkt in Bezug auf den ländlichen Raum sollten wir heute nochmals kurz sprechen, nämlich über Ihr unsägliches Bienen-Volksbegehren, über das heute der Bayerische Verfassungsgerichtshof verhandelt. Da werden Sie sich die nächste Klatsche einholen; denn dieses Gesetz, das Sie daraus gemacht haben, ist mehr als verfassungswidrig. Schämen Sie sich dafür!

(Tobias Reiß (CSU): Das werden wir ja sehen!)

Durch dieses Gesetz auf der Basis des Volksbegehrens haben wir gerade im ländlichen Raum eine Enteignung und Bevormundung des Bürgers, und zwar nicht des Städters, sondern des Landwirts, des Forstwirts, also des Grundbesitzers draußen auf dem Land. Man sieht auch an der Haltung des Ministerpräsidenten, wo seine Priorität

liegt, wenn er Bäume umarmt. Er versucht eben, sich beim Großstädter beliebt zu machen und die Natur zu schützen. Aber dass die Menschen auf dem Land mit unserer Natur sehr nachhaltig umgehen, verkennt er. Sie wollen die Natur schützen und Staatsforstflächen aus der Bewirtschaftung herausnehmen, während gleichzeitig die Windräder hinein sollen.

Wir können so weitermachen. Wir haben gestern über die Stammstrecke gesprochen. Gleichzeitig haben wir in ganz Bayern marode Bahnstrecken. Die Staatsstraßen sind löchrig wie Schweizer Käse. Über Kita-Öffnungszeiten im ländlichen Raum brauchen wir uns überhaupt nicht zu unterhalten. Das ist ein pures Desaster.

Wir können fortfahren mit der finanziellen Ausstattung der Kommunen und vor allem mit den Freizeitangeboten, sofern sich diese die Kommunen in nächster Zeit überhaupt noch werden leisten können. All das geht den Bach hinunter. Es wird Zeit für eine blaue Zeitenwende. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat der Abgeordnete Martin Schöffel von der CSU-Fraktion.

Martin Schöffel (CSU): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht heute um ein zentrales Thema, nämlich um die Beratungen des Bundeshaushaltes und um die Frage, ob am Ende unsere Ämter für Ländliche Entwicklung ein Drittel weniger Geld zur Verfügung haben, um die ländlichen Räume zu stärken. Was hier die Vertreter der GRÜNEN und der FDP zu diesem Thema abliefern, ist erbärmlich.

(Beifall bei der CSU)

Es geht heute weder um die Maut noch um die Steuerpläne von Hubert Aiwanger, sondern es geht einzig und allein um die Frage, ob dieser Bayerische Landtag heute ein starkes Zeichen nach Berlin sendet und sagt: Wir akzeptieren nicht, dass diese Sonderrahmenpläne und noch dazu die GAK massiv gekürzt werden, weil wir wissen,

wie wichtig es ist, in den ländlichen Raum zu investieren, und wie stark unsere Ämter für Ländliche Entwicklung diese Mittel einsetzen. Da läge es an Ihnen – sowohl an der FDP als auch an den GRÜNEN und der SPD –, hier gemeinsam ein Zeichen zu setzen.

Lieber Herr Kollege Muthmann, wenn Sie ein Kerl wären, dann würden Sie dem Begehr zustimmen und hier nicht so einen Blödsinn erzählen.

(Beifall bei der CSU – Alexander König (CSU): Sehr gut! – Weitere Zurufe)

Wir haben früher im Wirtschaftsausschuss zusammengearbeitet. Es ist doch als Vertreter des Bayerischen Waldes erbärmlich, so ein Zeug zu erzählen. Wir stärken den ländlichen Raum, Sie kürzen in Berlin die Mittel. So etwas kann doch nicht zusammenpassen.

(Beifall bei der CSU)

Der Kollege Klaus Adelt hat dies zumindest mit der nötigen Zerknirschtheit vorgetragen. Lieber Klaus, das war authentisch, weil es dir wirklich um die Sache geht. Aber die Kollegin Sengl tritt hier in der üblichen Art und Weise auf und erzählt: Wir müssen in Bayern mehr machen, und deswegen kürzen wir im Bund die Mittel. – Klasse, so muss man es machen. Das ist wirklich absolut glaubwürdig.

(Beifall bei der CSU)

Es war die CSU, die auf Bundesebene diesen Sonderrahmenplan für ländliche Entwicklung im Jahr 2018 mit auf den Weg gebracht hat. Wir haben uns massiv für die Stärkung der ländlichen Räume eingesetzt, weil wir wissen, wie wichtig solche Initiativen sind.

Kollege Riedl hat es angesprochen: Im Koalitionsvertrag hat man sich noch klar darauf verständigt, dass der Sonderrahmenplan für ländliche Entwicklung aufgestockt und ausgebaut wird. Und jetzt dies. Gilt der Koalitionsvertrag in Berlin eigentlich noch? Erst

große Ankündigungen machen und dann die Mittel massiv kürzen – das ist schäbig und schädlich für unser Land, liebe Kolleginnen und Kollegen. So kann man mit der ländlichen Entwicklung nicht umgehen.

Weil gefragt wird: Was tun wir in Bayern? – Man kann einen ganzen Vormittag darüber sprechen, was unsere Ländliche Entwicklung in den verschiedensten Bereichen angestoßen hat: die Belebung der Ortskerne, das Programm "Innen statt Außen", die Förderoffensive Nordostbayern, die Sicherung der Grundversorgung durch die Kleinstunternehmerförderung, der Schutz vor Überflutungen und Abschwemmungen. Die Initiative "boden:ständig" ist ein Erfolg. Wenn Sie das nicht wissen, Kollegin Sengl, dann gehen Sie zu einem x-beliebigen Amt für Ländliche Entwicklung und schauen Sie sich die Projekte an. Dann wissen Sie, was das ist. Reden Sie hier nicht über Dinge, die Sie gar nicht kennen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tobias Reiß (CSU): Da findet sie wahrscheinlich nicht hin!)

Ähnlich ist es bei den Programmen zur Verbesserung der Biodiversität und der Abpuffierung der Folgen des Klimawandels. Das ist ein umfangreicher Ansatz für den ländlichen Raum in Bayern, der in den letzten zehn Jahren zu großen Erfolgen geführt hat. Wir sind bei der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen und hinsichtlich der Zukunftsperspektiven für den ländlichen Raum deutlich weitergekommen.

Wer Wahlergebnisse wie in den neuen Bundesländern, die wir nicht wollen, verhindern will, der muss genau diese Initiativen für die ländlichen Räume stärken. Das, was Sie machen, ist reine Großstadtpolitik. Das ist wieder ein Anschlag auf den ländlichen Raum.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erst das Verbot, mit Holz zu heizen, dann eine Krankenhausreform mit massiven Folgen, Kürzungen bei der landwirtschaftlichen Unfallversicherung – die Liste lässt sich

beliebig fortsetzen bis hin zum 9-Euro-Ticket. Die Ampel in Berlin macht reine Großstadtpolitik. Der ländliche Raum ist völlig ins Hintertreffen geraten. Das dürfen wir nicht zulassen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Bei Grün kann man nur rotsehen!)

Nebenbei findet die komplette Abschaffung des Sonderrahmenplans für den Ökolandbau statt. Für Bayern würden dadurch weitere 32 Millionen Euro jährlich wegfallen. Dadurch würde es erheblich erschwert werden, das Ziel von 25 bis 30 % Ökolandbau zu erreichen. Ich will von Ihnen zu diesem Bereich nichts mehr hören, Kollegin Sengl. Auf der Bundesebene werden große Ziele formuliert, es ist aber nichts dahinter. So geht das nicht!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Dicke Freunde werdet ihr nicht mehr!)

Mit den vorgesehenen Kürzungen im Bundeshaushalt würde die Bundesregierung eklatant gegen den Grundsatz der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern verstößen, zu dem sie sich im Koalitionsvertrag selbst verpflichtet hat. Das ist auch ein Vertrauensbruch gegenüber den Menschen im ländlichen Raum und insbesondere gegenüber unseren Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern.

Alle, die Ländliche Entwicklung, die Bürgermeister, haben jetzt Dinge auf den Weg gebracht. Wir wissen, dass dies einen gewissen Vorlauf braucht und dass die Finanzierung dann auch über Jahre läuft. Während eines begonnenen Prozesses die Mittel derart zu kürzen, führt dazu, dass begonnene Projekte gestreckt werden müssen, dass Finanzierungen nicht vorgenommen werden können und dass neue Antragstellungen gar nicht möglich sind. Das ist auch ein massiver Vertrauensbruch gegenüber der Kommunalpolitik und gegenüber den Menschen im ländlichen Raum, die diese Dinge auf den Weg gebracht haben und denen jetzt gesagt werden müsste, dass Mit-

tel in großem Umfang fehlen, nämlich – ich habe es angesprochen – bis zu einem Drittel.

Wir haben in unserem Haushalt für die ländliche Entwicklung im laufenden Jahr 172 Millionen Euro eingestellt. Davon sind 94 Millionen Euro aus der GAK, verteilt auf 45 Millionen Euro reguläre GAK-Mittel und 49 Millionen Euro aus dem Sonderrahmenplan. Wenn das wegfällt, kommt es zu dramatischen Veränderungen. Wenn in Berlin über das Land gesprochen wird, dann ausschließlich über Schutzgebiete, über Stilllegung der Landwirtschaft und der Wälder, über den Rückbau der Infrastruktur.

Deswegen setzen wir uns mit aller Kraft dafür ein, eine Heimatstrategie auf den Weg zu bringen, die Infrastruktur zu stärken und eine Landwirtschaftspolitik für die bäuerliche Landwirtschaft und insbesondere für die ländliche Entwicklung zu betreiben. Wir haben in den letzten fünf Jahren von 2018 bis 2022 250 Millionen Euro für die Flurneuordnung und knapp 400 Millionen Euro für die Dorferneuerung ausgegeben. Das ist unsere Bilanz. Diese Gelder müssen zunächst einmal zur Verfügung gestellt werden; sie müssen dann aber auch in entsprechende Projekte fließen. Deswegen gilt mein großer Dank den Ämtern für Ländliche Entwicklung, die in der gesamten Fläche eine ganz hervorragende Arbeit leisten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir wissen: Auf dem Land schlägt das Herz Bayerns. Die Seele Bayerns sind die Bäuerinnen und Bauern und auch die Forstwirtschaft. Die Dorferneuerung ist eines unserer wichtigsten Förderinstrumente für lebendige ländliche Räume und vitale Dörfer. Deswegen kämpfen wir mit aller Macht dafür, dass die Mittelausstattung auf Bundesebene zur Verfügung gestellt wird, damit wir unsere Programme in Bayern entsprechend fortführen können.

Deswegen – ich sage es noch mal –: Die Ampel muss sich bekennen. Wollen Sie für die ländliche Entwicklung eintreten und gerade auch die bayerische Position stärken

und unterstützen, dann müssen Sie unserem Antrag zustimmen. Wir stimmen den Anträgen von SPD und FDP nicht zu.

Eines, Klaus Adelt, will ich dir noch klar sagen: Im Antrag steht, dass die Bundesmittel von den Ländern nicht komplett abgerufen worden sind. Setzt euch dafür ein, dass Bayern auf Bundesebene frei werdende Mittel zusätzlich abrufen kann.

(Alexander König (CSU): Ein sehr guter Vorschlag! Genau!)

Wir können die Mittel brauchen. Wir stellen die Kofinanzierung zur Verfügung. Wir haben eine Verwaltung für Ländliche Entwicklung, die das auch umsetzen kann.

(Alexander König (CSU): Jawohl!)

Sagt dem Bundesfinanzminister: Wenn Gelder übrig sind, nehmen wir sie. Setzt euch mit uns auf Bundesebene dafür ein, dass die Mittel zur Verfügung stehen.

(Alexander König (CSU): Leider hat die Bayern-SPD in Berlin nichts zu sagen!)

Das, was in den Anträgen steht, ist alles Ablenkungsmanöver, ist alles Zeitverschwendungen.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist alles Wahlkampf!)

Ihr müsst euch heute bekennen: für den ländlichen Raum in Bayern oder für die Ampel in Berlin. Deswegen schlage ich vor: Kämpfen wir für Bayern. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Ohne die CSU ist Bayern verloren!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Schöffel, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Es gibt noch zwei Zwischenbemerkungen. Die erste kommt von der Kollegin Gisela Sengl. Frau Sengl, bitte.

Gisela Sengl (GRÜNE): Bevor wieder Fake News in Umlauf kommen: Der Zuschuss zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung bleibt bestehen; er wird nicht gestrichen.

(Alexander König (CSU): Das ist großzügig!)

Ich möchte schon gerne, dass so etwas nicht verbreitet wird.

(Alexander König (CSU): Damit war nicht unmittelbar zu rechnen!)

Martin Schöffel (CSU): Allein Kürzungen von 177 Millionen Euro auf 100 Millionen Euro vorzusehen, schlägt doch dem Fass den Boden aus. Wir haben Jahr für Jahr darum gekämpft, dass diese Mittel erhöht werden konnten, weil wir genau wissen: Das kommt gerade den kleinen landwirtschaftlichen Betrieben zugute. Kürzungen sind vorgenommen worden; bei der landwirtschaftlichen Unfallversicherung gibt es entsprechende Kostensteigerungen. Setzen Sie sich dafür ein, dass das zurückgenommen wird, dass das nicht kommt; denn das trifft gerade die kleinen bäuerlichen Betriebe in Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Alexander Muthmann (FDP).

Alexander Muthmann (FDP): Lieber Martin Schöffel, ich habe darauf hingewiesen – darauf wurde leider nicht eingegangen –, dass in der Begründung eures Antrags davon die Rede ist, dass der ländliche Raum weiter an Attraktivität verliert.

(Tobias Reiß (CSU): Wegen eurer Politik!)

Kannst du mir vielleicht erläutern, wodurch der ländliche Raum zuletzt an Attraktivität verloren hat?

Martin Schöffel (CSU): Ich kann nicht feststellen, dass der ländliche Raum in Bayern an Attraktivität verloren hat. Ich kann nur feststellen: Durch unsere Politik ist es in den

letzten Jahren überall in Bayern deutlich vorangegangen – mit den Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung, aber auch in allen anderen Bereichen. Ich nenne die Heimatpolitik des Heimatministers, Behördenverlagerungen, Ausbau der Infrastruktur, Breitbandausbau, Stärkung der Kommunalfinanzen, aber auch die vielen Hochschulausgründungen in allen Landkreisen.

Im Antrag steht letzten Endes das, was passieren kann, wenn die Politik der Ampel immer weiter fortgesetzt wird. In Berlin wird von dieser Ampel eine Politik gemacht, die total großstadtorientiert und gegen den ländlichen Raum gerichtet ist. Es gilt, sich dagegen zu wehren.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander Muthmann (FDP))

Dabei ist auch die FDP in besonderer Weise gefordert. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehrung: Nächster Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Christian Klingen.

Christian Klingen (fraktionslos): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Dass ausgerechnet eine rot-grün dominierte Bundesregierung Förderprogramme zur Förderung des Ökolandbaus und der biologischen Vielfalt sowie zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes ersatzlos streichen will, erscheint als ein besonderer Treppenwitz und ist ein weiteres Zeichen für all die vielfältigen Irrwege, die derzeit auf Bundesebene gegangen werden.

Werte Kollegen von den GRÜNEN, sind nicht gerade Sie es, die den Bürger tagtäglich mit Themen wie Klimawandel, dem mit diesem einhergehenden Anstieg des Meeresspiegels und den zunehmenden Wetterextremen traktieren und in Panik versetzen? Gerade bei einer solchen prekären Entwicklung müsste doch dem Küstenschutz eine geradezu überragende und unverzichtbare Rolle zukommen. Oder etwa nicht? Aber dass derart wichtige, relevante Themen in den zuständigen Ministerien oft ignoriert

und ausgeblendet zu werden scheinen, zeigt Bundeswirtschaftsminister Robert Habecks Vorhaben, die Insel Rügen zum Umschlagplatz für Flüssigerdgas zu machen – ein Vorhaben, das nach einem aktuellen Gutachten einer Expertin hinsichtlich des Vorranggebietes "Prorer Wiek" offenbar mit dem Wasserschutz und Küstenschutz völlig unvereinbar und damit unzulässig ist.

Meine Damen und Herren, die Förderung der ländlichen Entwicklung muss auch in Zukunft ein selbstverständlicher und unverzichtbarer Bestandteil im Haushalt des Bundes bleiben; denn ländliche Regionen prägen auch künftig mit ihren Siedlungen und Kulturlandschaften ganz maßgeblich das Bild unseres Landes. Schließlich sind immerhin 91 % Deutschlands stark oder überwiegend ländlich geprägt. Über die Hälfte der bundesdeutschen Bevölkerung, nämlich 57 %, lebt in ländlichen Regionen, Tendenz steigend.

Diesen nicht unerheblichen Anteil mal eben so hinten runterfallen lassen zu wollen, lässt eine mangelnde Wertschätzung und Achtung der zahlreichen hiervon betroffenen Bürger und ihrer alltäglichen Belange erkennen. Beenden Sie diesen Irrweg, und behalten Sie dabei sehr gerne auch im Hinterkopf: Es sind gerade überwiegend die ländlich geprägten Bundesländer wie Bayern und Baden-Württemberg, die seit vielen Jahren den Länderfinanzausgleich am Laufen halten. Dies zeigt, wie enorm wichtig eine gut ausgebauten Infrastruktur auch im ländlichen Raum ist, nicht nur für die dort lebenden Bürger. Den allergrößten Anteil des Länderfinanzausgleichs schröpft dabei alljährlich unsere Bundeshauptstadt ab, und das, obwohl dort gerade mal etwa 3,8 Millionen von insgesamt fast 84 Millionen Einwohnern Deutschlands leben.

Die Bundesregierung muss daher aufhören, mit ihrer konfusen und oft von ideologischen Gedanken geprägten Politik die Gesellschaft in Deutschland weiter zu spalten. Deutschland braucht flächendeckend gleichwertige und für alle Bürger attraktive Lebensverhältnisse. Ich stimme daher dem Antrag der FREIEN WÄHLER und der CSU zu.

Zum Schluss – ich habe jetzt noch drei Sekunden – möchte ich mich beim Präsidium und der Landtagsverwaltung für die gute, konstruktive Arbeit bedanken und wünsche weiterhin viel Erfolg und alles Gute. Vielen Dank, dass Sie zugehört haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat nun die Staatsministerin Michaela Kaniber für die Staatsregierung.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In schwierigen Zeiten muss man sich natürlich Gedanken machen, wie man einen Haushalt aufstellt. Ich habe Verständnis dafür, dass man auf den Haushalt schauen muss. Aber wir haben kein Verständnis dafür, dass dann Schulden gemacht werden, die im Bundeshaushalt als Sondervermögen deklariert werden.

(Alexander König (CSU): Taschenspielertricks!)

Lieber Herr Muthmann – – Jetzt ist er leider nicht mehr da. – Doch, er ist da!

Lieber Herr Muthmann, es ist eigentlich traurig: Wenn die Bundesregierung etwas Positives macht, dann sind Sie sofort mit dabei und stellen sich an ihre Seite. Aber wenn es einmal nicht so läuft, sind Sie die Ersten, die die Segel streichen. Das hat auch nichts mit Mut zu tun, und das finde ich, ehrlich gesagt, sehr schade.

(Alexander König (CSU): Mit Mut hat das nichts zu tun!)

Mit Mut, mit Zusammenhalt, auch einmal für Bayern einzustehen und – –

(Tobias Reiß (CSU): Kein Mut und kein Mann!)

– Das hast du jetzt gesagt!

Liebe Kollegin Sengl, ich bin ehrlicherweise genauso entsetzt, nicht zu wissen, wie der Bundeshaushalt tatsächlich aufgestellt wird. Die Kürzungen hat einzig und allein Bun-

desminister Özdemir zu verantworten. Er entscheidet, wo und wann mit welchem Budget in seinem Ressort an welcher Position gespart wird.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hört, hört!)

Es tut mir leid: Die GRÜNEN schaffen es einfach, Fakten und Wahrheiten regional den Zuhörern anzupassen. Ich glaube, da hat jemand Regionalisierung falsch verstanden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Es ist und bleibt ein fatales Signal. Es sind massive Kürzungen im ländlichen Raum zu erwarten, genauso bei dieser Mammutaufgabe, den ökologischen Landbau voranzutreiben. Wir fallen mit dieser Streichung bei der Finanzierung in die Jahre 2015 und 2016 zurück. Es werden 70 Millionen Euro Bundesmittel fehlen.

Wenn ich jetzt auf Bayern blicke, und schaue, was aktuell bei den Dorferneuerungen passiert, bedeutet diese Streichung ganz klar: Da haben wir aktuell 2.200 Ortsteile mit 650.000 Menschen im ländlichen Raum, die ganz explizit von diesen Programmen profitiert haben. Das erreicht unglaublich viele Menschen. Es stimmt nicht, wie die FDP es formuliert hat, dass wir mit der Gießkanne fördern und einfach nach Möglichkeit irgendwie, wischiwaschi, Geld ausschütten. Das passiert in Bayern nicht.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Wenn Sie nämlich zurückschauen, lieber Herr Muthmann, dann sehen Sie ganz genau, dass wir mit der Förderoffensive Nordostbayern das beste Beispiel hatten und haben, dass hier ganz klar Regionen gefördert wurden, die eben nicht die entsprechende finanzielle Ausstattung haben. Wir haben versucht, für die Menschen gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Genauso geht es uns immer wieder in dieser Staatsregierung, dass wir natürlich hier das klare Bekenntnis zum ländlichen Raum haben. Wir sind der festen Überzeugung, dass der ländliche Raum Zukunftsräum ist und dass wir unsere Bürgerinnen und Bürger auf keinen Fall alleinlassen.

Dieser finanzielle Einschnitt, bedeutet tatsächlich Förderstopp für neue Maßnahmen, Förderstopp und vor allem Verzögerung bei den Auszahlungen schon bewilligter Zuwendungen. Das gilt nicht allein für die allgemeine Dorferneuerung und den ländlichen Raum, sondern es geht darum, dass das Geld für ländlichen Wegebau, für die Stärkung der Biodiversität, für den Wasserrückhalt in der Fläche, aber genauso auch für den Waldumbau fehlen wird.

Liebe Kollegin Sengl, wenn man davon spricht, dass wir die Hausaufgaben über das Volksbegehren hätten lösen sollen: Das haben wir. Zusätzlich 70 Millionen Euro, das hätte kein anderes Bundesland in dieser Größenordnung zur Verfügung gestellt. Das machen wir alleine, ganz ohne den Bund.

(Beifall bei der CSU)

Ich glaube sagen zu können, dass mit den Kürzungen auch die Tierhaltung und das Tierwohl beschnitten werden. Mir ist unverständlich, dass die Streichung des Sonderrahmens für den ökologischen Landbau passiert ist. Genau das Ziel, das wir eigentlich für uns ausgemacht haben, aber auch die Bundesregierung für sich festgeschrieben hat, nämlich 30 % Ökolandbau in Deutschland zu erreichen, wird damit von Ihnen bedingt. Damit schaden Sie auch Bayern. Uns fehlen dabei knapp 32 Millionen Euro für den Haushalt des Landwirtschaftsministeriums, aber auch im Vertragsnaturschutzprogramm – VNP – im Umweltministerium. Im Grunde geht Ihr Plan damit eben nicht auf. Sie geben dieses Ziel regelrecht auf. So herum muss man es eigentlich formulieren.

Liebe Kollegin Sengl, Sie haben vorhin gesagt: Na ja, dann wird man das in einem Rahmenplan neu organisieren. – Wir finden keine Gelder in all diesen Programmen. Selbst Bundesministerin Lemke hat aktuell vier Milliarden Euro aufgelegt. Wir finden

darin nicht einen Cent für den ökologischen Landbau. Wenn das Ihre Unterstützung ist, um hier diesem Ziel näher zu kommen, dann muss ich sagen: Schade, schade, schade! Diese Bundesregierung hat nichts verstanden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich kann nur sagen, warum es in Bayern anders läuft: weil wir einen Bayerischen Landtag haben, der als Souverän diesen Haushalt aufstellt, der Kofinanzierungen möglich gemacht hat, weil Bayern das Geld auch immer wieder gerne für den ländlichen Raum, aber auch für den Ausbau des ökologischen Landbaus zur Verfügung gestellt hat.

Ich danke an dieser Stelle deshalb nur denjenigen, die dem bayerischen Haushalt immer zugestimmt haben. Das sind wahrlich nicht die Oppositionsfraktionen,

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

sondern es waren in der Regel immer die Regierungsfraktionen. Ich danke explizit unserem bayerischen Finanzminister, der einfach ein Herz für den ländlichen Raum hat, der ein Herz für Bayerns Landwirte hat. – Lieber Albert Füracker, auch dafür wirklich ein herzliches Vergelts Gott! Du lenkst die Geschicke immer auch in der Positionierung der Häuser sehr gut und richtig.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fordern daher diese Bundesregierung auf, wirklich aufzuhören, krampfhaft in Eigenregie nach neuen Förderwegen zu suchen. Es ist wirklich traurig, was hier passiert. Wir brauchen die Gelder in der GAK. Wir haben hier etablierte Verfahren. Wir haben wirklich einen superguten und zügigen Mittelabruf, der für die Maßnahmen passt und ihnen gerecht wurde. Wir müssen deswegen alles daran setzen, dass Nachbesserungen passieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist der beste Beweis dafür, dass diese Bundesregierung überhaupt kein Interesse am ländlichen Raum hat. Ihre Politik ist einzig und allein auf den städtischen Raum, auf den urbanen Raum ausgelegt. Man hat das Augenmerk für den ländlichen Raum gänzlich verloren. Ich kann nur sagen: Wir brauchen diese Unterstützung. Wir brauchen diese finanziellen Töpfe. Sie legen gerade einige dieser Töpfe trocken. Nicht jedes Bundesland wird den finanziellen Aufwand alleine stemmen können.

Es bleibt dabei: Diese Bundesregierung agiert auch in der Agrar- und Umweltpolitik zutiefst ideologisch, abgehoben und zentralistisch. Sie setzt sich auch über Länderzuständigkeiten hinweg. Dadurch verliert man auch die Akzeptanz in der Bevölkerung. Ich halte das nicht nur für bedauernswert, sondern auch für brandgefährlich. Ich appelliere an die Vertreter im Bundestag, diesen riesengroßen Fehler zu korrigieren. Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie bitte die Menschen im ländlichen Raum nicht alleine. Geben Sie den Menschen im ländlichen Raum Perspektiven. Geben Sie Ihnen die gebührende Anerkennung. Geben Sie Ihnen vor allen Dingen nicht das Gefühl, Menschen zweiter Klasse in Deutschland zu sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie der Staatsminister Albert Füracker, Dr. Florian Herrmann und Klaus Holetschek)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Ministerin, es liegt noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Alexander Muthmann von der FDP-Fraktion vor. – Herr Muthmann, bitte

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrte Frau Ministerin! Ich will an die Ankündigung Ihres Vorgängers Helmut Brunner erinnern, den Kernwegebau großartig voranzubringen. Es ist bei dieser großartigen Ankündigung geblieben, da keine zusätzliche Mittelausstattung erfolgt ist.

Aber mir geht es jetzt vielmehr um Ihre letzte Bemerkung, wonach der ländliche Raum nicht als Raum zweiter Klasse gesehen werden soll. Ja, wir wollen auch Korrekturen in

den Positionen, um die es heute geht. Wir wollen das aber nicht dadurch erreichen, indem wir den ländlichen Raum schlechtreden. Sie reden von ausbluten lassen und suggerieren, dass die Attraktivität des ländlichen Raumes schon länger infrage gestellt wäre. Das ist aber nicht die richtige Art und Weise, um hier vorwärts zu kommen. Wir wollen es nicht so wie Sie machen. Wir versuchen, noch einmal mit der Bundesregierung ins Gespräch zu kommen, um Korrekturen anzumahnen. Das scheint mir sehr viel erfolgversprechender, als den ländlichen Raum derart infrage zu stellen, wie es in der Begründung Ihres Antrags der Fall ist.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Wenn Sie ein wahres Interesse am ländlichen Raum hätten, hätten Sie im Vorfeld jede mögliche Kürzung im Bundesetat verhindert. Sie sagen jetzt, dass Sie das gar nicht gewollt haben und man mehr hätte tun sollen. Faktum ist doch vielmehr, dass sich Bayern immer wieder auf den Weg gemacht hat, gerade den ländlichen Raum zu stärken. Ich habe sogar persönlich Gelder im eigenen Ressort umgeschichtet, um noch mehr möglich zu machen; das waren damals 20 Millionen Euro. Ich würde mir mehr Engagement von Ihnen wünschen. Es tut mir aufrichtig für Sie persönlich leid, dass Sie keinen Zugang zu Ihren Leuten in Berlin haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie der Staatsminister Albert Füracker, Dr. Florian Herrmann und Klaus Holetschek)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierfür werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion auf Drucksache 18/30347 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER und der AfD sowie die fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach, Klingen und Busch. Gegenstimmen! – Das sind die FDP-Fraktion sowie die fraktionslosen Abgeordneten

Plenk und Swoboda. Stimmenthaltungen! – Das ist die SPD-Fraktion. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/30364 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die FDP-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD und der SPD sowie die fraktionslosen Abgeordneten Busch, Bayerbach, Klingen, Swoboda und Plenk. Stimmenthaltungen! – Das ist die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/30365 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD sowie die fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach, Klingen, Swoboda und Plenk. Stimmenthaltungen! – Das sind die FDP-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Busch. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.